

Versäumnisse und Chancen

Die Coronakrise verdeutlicht die Schwächen der deutschen Bürokratie – und beschleunigt die Digitalisierung

Umständliche Abläufe im Gesundheitssystem erschweren den Kampf gegen die SARS-CoV-2-Pandemie. Doch die Krise beschleunigt den Umstieg auf digitale Werkzeuge – auch in anderen öffentlichen Bereichen.

Von Christian Wölbert

Deutschland im Jahre 2020: Ärzte melden Covid-19-Infektionen per Fax, schicken Gesundheitsämter den Infizierten Verhaltensanweisungen mit der Post, erhält das Robert-Koch-Institut die Fallzahlen erst zwei bis drei Tage nach dem Testergebnis.

Es ist seit Langem klar, dass der öffentliche Sektor bei der Digitalisierung hinterherhinkt. Aber erst die Coronakrise zeigt, welche Folgen das haben kann. „Jetzt sehen wir die Versäumnisse der Vergangenheit“, sagt Hannes Schwaderer, Deutschland-Chef von Intel und Präsident der Digitalisierungs-Initiative D21, im Gespräch mit c't.

Zwar ersetzt Software keine Ärztin, keinen Intensivpfleger. Trotzdem wurde in den vergangenen Wochen deutlich, dass digitale Tools im Kampf gegen eine Pandemie eine wichtige Rolle spielen.

Das beginnt bei der Ermittlung der Fallzahlen. Zumindest bis Mitte März meldeten die Ärzte neue Infektionen per Fax-Formular den regionalen Gesundheitsämtern, die wiederum abends oder am nächsten Tag die zuständigen Landesbehörden informierten, die wiederum abends oder am folgenden Tag das Robert-Koch-Institut (RKI) in Kenntnis setzten. Ein schneller Online-Prozess? Fehl-anzeige. Erst seit Kurzem entwickelt das RKI digitale Werkzeuge, die die Arbeit der Ämter beschleunigen sollen.

Sprechstunde via Webcam

Nachholbedarf zeigte sich auch beim Thema Videosprechstunde. Die Technik ist in Ländern wie der Schweiz längst etabliert – in Deutschland war sie bis vor Kurzem die Ausnahme. Nach Angaben der Kassenärztlichen Bundesvereinigung rechneten die über 170.000 Ärzte und Psychotherapeuten in den ersten drei Quartalen des Jahres 2019 insgesamt nur 1400 Videosprechstunden ab.

Von Februar an installierten dann tausende Ärzte erstmals ein Videosystem. Sie können per Webcam zwar keinen Rachenabstrich nehmen, aber Patienten beraten. Gleichzeitig senken sie das Risiko, sich selbst anzustecken.

Zahlreiche Unternehmen bieten ihre Videosprechstunden-Software seit Kurzem

Aktuelle Berichte zur Coronakrise

Bei Redaktionsschluss dieser c't-Ausgabe am 20. März war nicht absehbar, wie schnell die Zahl der Covid-19-Fälle bis zum Erscheinungstermin ansteigt und wie Politik und Behörden reagieren. Im Editorial auf Seite 3 beschreiben wir, wie Sie als Abonnent unser Magazin digital lesen können, falls Probleme bei der Zustellung der Printausgabe auftreten. Unsere aktuellen Berichte zur Krise finden Sie unter heise.de/thema/Coronavirus.

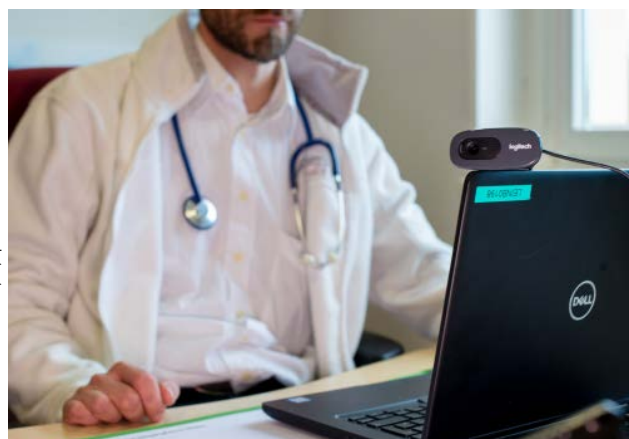
kostenlos an, zum Beispiel der Softwarekonzern CGM. Kurz nach der Entscheidung meldete er 11.000 Neuanmeldungen von Ärzten und Kliniken für sein System.

„Ich hoffe sehr, dass der Effekt nachhaltig ist und wir nach der Pandemie die richtigen Schlüsse ziehen und diese auch hartnäckig umsetzen“, sagt Elif Kücüktaş, E-Health-Expertin des digitalpolitischen Vereins D64. Nicht bei jedem Anliegen sei der direkte Kontakt zum Arzt erforderlich.

Die schnelle Reaktion war auch deshalb möglich, weil Ärztevertreter und Kassen schon in den vorigen Jahren die Regularien für Videosprechstunden gelockert haben. Anders sieht es bei Rezepten aus: Sie müssen in Deutschland in der Regel noch auf Papier ausgestellt werden. Viele Menschen begeben sich deshalb auch während der Krise in eine Arztpraxis. Über ein Dutzend EU-Länder haben hingegen längst E-Rezepte eingeführt.

Chance für digitale Bildung

Auch im Bildungssystem hat das Virus Digitalisierungsrückstände aufgedeckt. Viele Schüler werden gar nicht unterrichtet. Andernorts wurden zwar Lernplattformen genutzt, sie brachen aber unter dem Ansturm zusammen.



Der Software-Anbieter CGM meldete 11.000 Neuanmeldungen von Medizinern für seine Videosprechstunden-Software.

Digitaler Unterricht: „Rolle der Lehrer anders denken“

Dejan Mihajlovic ist Lehrer und Experte für digitale Bildung: Er unterrichtet an einer Realschule in Freiburg und sitzt im Vorstand des digitalpolitischen Vereins D64. Im Gespräch mit c't erklärt er, wie er während der Coronakrise unterrichtet.

c't: Herr Mihajlovic, was tun Sie als Lehrer nun in der unterrichtsfreien Zeit?

Dejan Mihajlovic: Wir haben an unserer Schule das Glück, dass wir eine digitale Plattform für den Austausch haben. Damit können wir die Schüler auf Aufgaben hinweisen, die dann anders fortgeführt werden. Im Fach Ethik lesen meine Schüler zurzeit einen Artikel aus der Washington Post über Maßnahmen gegen die Pandemie, den sie dann unter anderem in Hangouts in Zehnergruppen diskutieren.

c't: Sie nutzen Hangouts? Die Datenschutzbeauftragten sehen den Einsatz solcher Tools an Schulen eher kritisch.

Mihajlovic: Hier in Baden-Württemberg hat das Ministerium angedeutet, dass man auf den Datenschutz achten soll, aber dass die Kommunikationsfähigkeit in der besonderen Situation vorgeht. Das finde ich gut. Die Hürden sind schon hoch genug. Wenn man bei allem das Maximum fordert, werden die Lehrer digitale Tools eher meiden. Es gibt aber auch Tools, die die Datenschutzvorgaben für Schulen erfüllen und nicht von US-Konzernen stammen, und die wir auch nutzen.

c't: Viele Bundesländer haben ihre Lehrer lediglich gebeten, am letzten Schultag Hausaufgaben zu verteilen. Wie beurteilen Sie das?

Mihajlovic: Solche Anweisungen zeigen ein Verständnis von Bildung, das ich nicht teile. Wenn ich bloß einen Stapel Aufgaben mitgebe, werden die Schüler benachteiligt, die zu Hause wenig Unterstützung bekommen. Die unterrichtsfreie Zeit verschärft dann die bestehende Bildungsungerechtigkeit.

Könnten digitale Tools dem entgegenwirken?

Mihajlovic: Auf jeden Fall. Weshalb nicht als Lehrer mit Schülern digital kommunizieren, unabhängig von Zeit und Ort, und sie individuell beim Lernen unterstützen?

c't: Ist Bayern also eine lobenswerte Ausnahme? Dort hat das Ministerium betont, dass Lehrer mit ihren Schülern in Kontakt bleiben sollen, über die Lernplattform Mebis.

Mihajlovic: Mebis ist eine bewährte digitale Plattform. Das bedeutet aber nicht, dass eine dort eingestellte Aufgabe zwangsläufig gut oder besser ist. Wer nur PDFs zur Verfügung stellt, die man bearbeitet wieder hochladen soll, hat weder das Potenzial noch die Notwendigkeit einer Kultur der Digitalität erfasst. Die Aufgaben und Rolle der Lehrerinnen und Lehrer müssen anders gedacht werden.



Bild: Flenn Große

Dejan Mihajlovic fordert, Projekte anzustoßen statt nur Aufgaben zu verteilen.

c't: Wie also würde ein anderer, digitaler Unterricht aussehen?

Mihajlovic: Man stößt ein Projekt an. Um bei meinem Eingangsbeispiel zu bleiben: Meine Schüler sollen mithilfe des Internets einen englischsprachigen Zeitungsartikel lesen, ihre Fragen und Antworten selbstständig und gemeinsam in einem kollaborativen Texteditor festhalten und diskutieren. Später reflektieren wir den Prozess und die Ergebnisse in kleineren Gruppen in Hangouts. Ich unterstütze sie dabei in allen Phasen, als Gruppe, aber auch individuell, wenn es gewünscht und nötig ist.

D21-Präsident Hannes Schwaderer wirbt schon seit vielen Jahren für eine Transformation des Bildungssystems: „Die Krise zeigt nun, dass digitales Lernen etwas sehr Wichtiges ist.“ Er hofft, dass die Bundesländer künftig stärker zusammenarbeiten, zum Beispiel beim Thema Cloud. „Einheitliche Lernplattformen würden weniger kosten und mehr leisten“, sagt er.

Geld ist aus seiner Sicht aber nicht das Hauptproblem. Die fünf Milliarden Euro, die der Bund im Rahmen des „Digitalpakts“ bereitgestellt hat, seien durchaus großzügig bemessen. „Der Kulturwandel muss trotzdem noch stattfinden“, betont er. Lehrer müssten entsprechend ausge-

bildet, Didaktik und Methodik reformiert werden. Ähnlich sieht das der Lehrer und Digitalexperte Dejan Mihajlovic (siehe Interview im Kasten).

Präsenzpflicht im Bundestag

Digitalisierungsrückstände sieht auch Manuel Höferlin, Bundestagsabgeordneter der FDP und Vorsitzender des Ausschusses Digitale Agenda: „Die Verwaltung hat zwar digitale Werkzeuge, aber die Prozesse dahinter sind nicht digitalisiert.“

Auch der Bundestag, der in der Krise wichtige Beschlüsse fällen muss, sei digital nicht handlungsfähig, kritisiert Höferlin.

Die Ausschüsse könnten Videokonferenzen abhalten, auch gemeinsam mit externen Sachverständigen. „Aber für jede Abstimmung ist Präsenz erforderlich.“

Die größten Hindernisse sieht der Abgeordnete in den „Beharrungskräften“ innerhalb der Verwaltung und in den föderalen Strukturen. Doch die Coronakrise könne ein Umdenken bewirken: „Wer jetzt nicht verstanden hat, dass digitale Transformation in Politik und Verwaltung nötig ist, versteht es wahrscheinlich nie.“

(cwo@ct.de) **ct**

Themenseite von heise online zur Coronakrise: [ct.de/yr6e](https://www.heise.de/ct/de/yr6e)